

| | | | | |
|----------------|--|--|--|-----|
| (A) AfD | Leif-Erik Holm Gerrit Huy Fabian Jacobi Steffen Janich Dr. Malte Kaufmann Dr. Michael Kaufmann Stefan Keuter Norbert Kleinwächter Enrico Komning Jörn König Dr. Rainer Kraft Rüdiger Lucassen Mike Moncsek Volker Münz Edgar Naujok Jan Ralf Nolte Gerold Otten Tobias Matthias Peterka Jürgen Pohl Stephan Protschka Martin Erwin Renner Dr. Rainer Rothfuß Bernd Schattner Ulrike Schielke-Ziesing Manfred Schiller Eugen Schmidt Jan Wenzel Schmidt Jörg Schneider | Uwe Schulz Martin Sichert René Springer Klaus Stöber Beatrix von Storch Dr. Harald Weyel Wolfgang Wiehle Dr. Christian Wirth Joachim Wundrak Kay-Uwe Ziegler | Victor Perli Heidi Reichinnek Martina Renner Bernd Riexinger Dr. Petra Sitte Kathrin Vogler Janine Wissler | (C) |
| | | Die Linke Matthias W. Birkwald Clara Bünger Jörg Cezanne Anke Domscheit-Berg Susanne Fersch Nicole Gohlke Christian Görke Dr. André Hahn Jan Korte Ina Latendorf Caren Lay Ralph Lenkert Cornelia Möhring Petra Pau Sören Pellmann | BSW Klaus Ernst Andrej Hunko Christian Leye Amira Mohamed Ali Jessica Tatti Alexander Ulrich | |
| | | | Fraktionslos Matthias Helferich Stefan Seidler Thomas Seitz Dr. Dirk Spaniel Dr. Volker Wissing | |

Abgeordnete, die sich wegen gesetzlichen Mutterschutzes für ihre Abwesenheit entschuldigt haben oder an einer Parlamentarischen Versammlung teilnehmen, sind in der Liste der entschuldigten

(B) *Abgeordneten (Anlage 1) aufgeführt.* (D)

Anlage 5

Erklärung nach § 31 GO

des Abgeordneten Christian Görke (Die Linke) zu der Abstimmung über den Antrag der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP: Die Geschädigten des staatlich organisierten Dopingsystems der ehemaligen DDR als Opfergruppe anerkennen und besser unterstützen

(Zusatzpunkt 15)

Ich werde gegen den Antrag der Fraktionen SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP mit dem Titel „Die Geschädigten des staatlich organisierten Dopingsystems der ehemaligen DDR als Opfergruppe anerkennen und besser unterstützen“ stimmen.

Dieses Nein richtet sich ausdrücklich nicht gegen die Sportlerinnen und Sportler, die als Minderjährige oder ohne ihr Wissen in der DDR gedopt wurden und dadurch dauerhafte Schädigungen erlitten.

Dieses Nein richtet sich gegen die Verlogenheit, die hinter dem Antrag steckt. Dieser kurzfristig erstellte Antrag wurde dem Tagesordnungspunkt hinzugefügt, in dem ein Gesetzentwurf der Bundesregierung vom 9. September 2024 zur Abstimmung steht, in dem die Dopingopfer nicht als Opfergruppe aufgenommen wurden. Die abschließende Beratung des Gesetzentwurfes erfolgte

erst gestern im federführenden Rechtsausschuss. SPD, CDU/CSU, Grüne und FDP hatten also die Möglichkeit, diese Opfergruppe noch in das Gesetz zu integrieren, wenn sie es denn gewollt hätten. Stattdessen nun ein Antrag, der den berechtigten Anliegen der Dopingopfer nicht helfen wird.

Die Verlogenheit wird auch deutlich, schaut man sich an, was der Sportausschuss hierzu getan hat. Für die Sitzung am 18. Dezember 2024 setzten die Fraktionen die Jahresberichte der Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur aus den Jahren 2022, 2023 und 2024 auf die Tagesordnung und wollten die Berichte ohne Debatte durchwinken. Auf Antrag meines Kollegen Dr. André Hahn wurde dann doch eine Debatte eingeplant und die Opferbeauftragte, Frau Evelyn Zupke, zur Sitzung eingeladen. Und SPD, CDU/CSU, Grüne und FDP hätten die Möglichkeit gehabt, den Antrag bereits in dieser Sitzung zur Debatte auf die Tagesordnung zu setzen, statt ihn nun im Schnellschuss zu produzieren. Leider konnte André Hahn krankheitsbedingt nicht an der Sitzung teilnehmen. Daraufhin wurde Frau Zupke vom Sportausschuss wieder ausgeladen und die drei Berichte ohne Debatte zur Kenntnis genommen, obwohl die Opferbeauftragte in ihren Berichten mehrfach um Unterstützung bei der Bundesregierung hinsichtlich der Rechtslage und konkreter Hilfen für Dopingopfer sowie von Anschlussförderungen für Forschungen warb. Nichts dergleichen hat die Ampel trotz ihrer Versprechen im Koa-

- (A) litionsvertrag in den drei Jahren getan, und man wollte darüber auch nicht mehr reden. Auch nach dem 18. Dezember ist nichts mehr passiert, Sitzungswochen wurden bekanntlich gestrichen, und selbst gestern ließ der Sportausschuss im Unterschied zu den anderen Fachausschüssen die Möglichkeit, noch einmal zu einer Sitzung zusammenzukommen, verstreichen.

Die hinter diesem Antrag stehenden Fraktionen und auch die derzeitige Bundesregierung betonen immer wieder, dass die Athletinnen und Athleten im Mittelpunkt ihrer Sportpolitik stehen. Diesem Anspruch werden sie in keiner Weise gerecht. Das betrifft auch ihren Umgang mit den Dopingopfern aus der DDR und ebenso den Dopingopfern aus der früheren und seit 1990 vereinten Bundesrepublik Deutschland. In beiden deutschen Staaten standen der Gewinn von möglichst vielen Medaillen und die Steigerung des internationalen Ansehens im Mittelpunkt der Sportförderung, und auch heute ist das die Begründung für die Spitzensportförderung durch den Bund. Und alle Aktivitäten der bisherigen und der jetzigen Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Doping in der DDR hatten das Ziel, den durchaus erfolgreichen Sport in der DDR und die DDR in Gänze zu delegitimieren. Ohne diese ideologische Brille und stattdessen mit sachlich fundierter Forschung und Aufklärung könnten wir deutlich mehr für den heutigen Kampf gegen Doping im Sport tun.

- (B) Der vorliegende Antrag enthält zahlreiche Halbwahrheiten sowie falsche Behauptungen und negiert den derzeitigen Wissensstand zum Doping im Sport in beiden deutschen Staaten. Durch die Sofortabstimmung wird eine sachgerechte Debatte über die Feststellungen und Forderungen in den zuständigen Ausschüssen des Bundestages verhindert. Auch deshalb werde ich gemeinsam mit den anderen Abgeordneten der Linken gegen den Antrag stimmen.

Anlage 6

Erklärung nach § 31 GO

des Abgeordneten Stefan Seidler (fraktionslos) zu der Abstimmung über den von der Fraktion der CDU/CSU eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Mutterschutzgesetzes und weiterer Gesetze – Anspruch auf Mutterschutzfristen nach einer Fehlgeburt (Mutterschutzanpassungsgesetz)

(Zusatzpunkt 19)

Der Gesetzentwurf trägt mit der vorgesehenen Neuregelung der besonderen Belastungssituation von Frauen nach einer Fehlgeburt Rechnung. Meine Partei, der SSW, setzt sich ebenfalls für eine Ausweitung des Mutterschutzes nach Fehlgeburten ein, um Frauen bereits ab der 13. Schwangerschaftswoche besser gesetzlich zu schützen.

Ich stimme dem Gesetzentwurf zu.

Anlage 7

Zu Protokoll gegebene Rede

zur Beratung

- **des Antrags der Fraktion der CDU/CSU: Unsere Landwirtschaft vielfältig, leistungsstark und nachhaltig ausgestalten**
- **des Antrags der Abgeordneten Carina Konrad, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: Mit neuen Züchtungsmethoden nachhaltigere Landwirtschaft ermöglichen**

(Tagesordnungspunkte 7 und 4)

Sylvia Lehmann (SPD):

Heute diskutieren wir den Antrag der CDU/CSU zur Ausgestaltung einer leistungsstarken und nachhaltigen Landwirtschaft. Auf den ersten Blick klingt dieser Titel vielversprechend, und der Antrag enthält sogar konkrete Maßnahmen. So weit, so gut. Umso mehr muss man sich fragen, warum all diese Maßnahmen nicht schon in den 16 Jahren eines CDU- und CSU-geführten Hauses umgesetzt wurden und wir und vor allem die Landwirtinnen und Landwirte heute noch mit diesen Herausforderungen konfrontiert sind.

In den vergangenen drei Jahren haben wir als Koalition den engen Kontakt zu den Landwirtinnen und Landwirten gesucht. Viele gute und vertrauensvolle Gespräche wurden geführt; denn uns war und ist politische Wertschätzung der Ernährungs- und Landwirtschaft ein großes Anliegen.

Gleichzeitig müssen wir selbstkritisch feststellen: Nicht alles ist gelungen. Die Entscheidung der Koalitionsspitze zur Reform von Agrardiesel und Kfz-Steuer hat sicherlich dazu beigetragen, dass sich die Branche eben nicht ausreichend wertgeschätzt fühlte. Diese Entscheidung war jedoch nur ein Tropfen, der das Fass nach 16 Jahren der Versäumnisse unter der CDU/CSU-Politik zum Überlaufen brachte.

Ja, in der Landwirtschaft hat sich über Jahre ein enormer bürokratischer Aufwand angestaut. Genau deshalb haben wir uns auf den Weg gemacht, diese Last zu reduzieren. Mit ersten Maßnahmen zur Entrümpelung haben wir begonnen. Dafür haben wir GAP-Regelungen für Blühstreifen und Brachen vereinfacht, digitale Lösungen und einheitliche Stichtage von Meldepflichten in der Tierhaltung eingeführt, und Förderungen bleiben trotz verlorener Ohrmarken bestehen. Hier muss und wird es weitergehen.

Und wenn sich die CDU/CSU-geführten Länder im Vermittlungsausschuss zum Düngegesetz kompromissbereit gezeigt hätten, wäre die bestehende Stoffstrombilanzverordnung aufgehoben worden. Das hätte Landwirtinnen und Landwirte von Aufzeichnungspflichten wenigstens für das Wirtschaftsjahr 2025 befreit. Unser Ziel war es, in den mit Nitrat belasteten Gebieten einzelbetriebliche Ausnahmen von den Vorgaben der 2020 durch Bundesministerin a. D. Julia Klöckner erlassenen Düngeverordnung zu ermöglichen. Auch das ist jetzt lei-

(C)

(D)